

Der Sonderlandesparteitag am 4. Juli 2019 möge beschließen:

Der Landesverband DIE LINKE Bremen lehnt den Rot-Grün-Roten Koalitionsvertrag ab.

Um einen rechten Senat zu verhindern, sind wir bereit, eine Rot-Grüne Minderheitsregierung ins Amt zu wählen, und würden allen Senatsinitiativen zustimmen, die fortschrittlich für die lohnabhängige oder lohnerwerbslose Bevölkerung wären, ohne aber einen Tolerierungsvertrag zu unterzeichnen. Gleichzeitig würden wir parlamentarisch und außerparlamentarisch den Kampf gegen jede Verschlechterung und für die von uns, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aufgestellten Forderungen zur Verbesserung der Situation für die Masse der Bevölkerung aufnehmen.

Begründung:

Da die auf dem letzten Parteitag einstimmig abgestimmten Forderungen der linksjugend [‘solid] in dem Koalitionsvertrag nicht enthalten sind, können wir einer Regierung nicht zustimmen:

- Der Koalitionsvertrag enthält ein Bekenntnis zur **Schuldenbremse**, unter der eine notwendige Kreditaufnahme für massive Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales nicht möglich ist. Nicht einmal eine Bundesratsinitiative gegen die Schuldenbremse oder das Fernziel, die Schuldenbremse aus der Bremer Verfassung zu streichen, sind in dem Vertrag vorgesehen.
- Der Koalitionsvertrag bekennt sich dazu, der rechtlichen Verpflichtung zur „**Aufenthaltsbeendigung**“ - das ist nichts als ein freundliches Wort für Abschiebung. Von einer *Solidarity City* mit der Gewährung von Grundrechten wie Bildung und Wohnraum für alle ist in dem Vertrag keine Rede.
- **Rüstungsexporte** über Bremer Häfen können weitergehen – nur für Exporte in Krisengebiete soll es einen unverbindlichen Prüfauftrag geben, ob das verhindert werden kann. Eine Rüstungskonversion ist nicht in Sicht.
- Die dringend nötige Erhöhung der **Investitionsmittel für Krankenhäuser** ist nicht in der finanziellen Prioritätenliste enthalten. Wir müssen deswegen davon ausgehen, dass Bremens Krankenhäuser weiterhin unterfinanziert bleiben werden.
- Der anlässlich des Klimawandels dringend benötigte **kostenlose ÖPNV** wird mit einem unverbindlichen Prüfauftrag in unbestimmte Zukunft verschoben.
- **Zwangsräumungen** bleiben erlaubt. „Beratende Angebote für Mieter und Vermieter“ sind kein ausreichendes Mittel dagegen. Auch die geforderte Legalisierung der Besetzung von Leerstand ist nicht im Koalitionsvertrag enthalten.
- Statt Hartz IV grundsätzlich in Frage zu stellen oder zumindest die **Sanktionen im Bundesland Bremen komplett abzuschaffen**, wie es der Beschlusslage unserer Partei entspricht, hält der Koalitionsvertrag am unwürdigen Sanktionsystem gegen Hartz IV-Beziehende fest und plant lediglich, Sanktionen für unter 25 Jährige zu lockern.

- Statt die **Armutsbekämpfung im Bundesland Bremen** als wichtigsten Punkt auf die Agenda zur Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit zu setzen, stehen die Maßnahmen zur Beseitigung der Kinderarmut (zur Erinnerung: jedes dritte Kind in Bremen wächst in Armutsverhältnissen auf) lediglich auf dem 10 Platz der Prioritätenliste im Koalitionsvertrag.
- Die „**Gefahrenorte**“, an denen die Polizei besonders verstärkt sog. „Racial Profiling“ durchführt, werden beibehalten.
- Die Lehrmittelfreiheit soll laut Vertrag „erhalten“ bleiben – de facto gilt sie aber nicht mehr. Im Vertrag steht nichts konkretes darüber, wie diese Situation verbessert werden soll. Auch ein kostenloses Schulessen ist nicht vorgesehen.
- Die klimaschädliche **Klärschlammverbrennungsanlage** in Oslebshausen kann mit SPD und Grünen nicht verhindert werden.
- Die **Außenweservertiefung** wird unumkehrbar in den Lebensraum Fluss eingreifen und widerspricht unserer Programmatik.

Auch wenn sicherlich einzelne Verbesserungen in dem Vertrag enthalten sind, bleiben diese in einem engen finanziellen und rechtlichen Rahmen. Und selbst diese Verbesserungen drohen, an dem Finanzierungsvorbehalt bei den nächsten Haushaltsverhandlungen zu scheitern. SPD und Grüne bedienen die kapitalistischen Sachzwänge. Die für einen linken Politikwechsel nötige Bereitschaft, sich mit Bürgertum und Bundesregierung anzulegen, fehlt ihnen. Eine LINKE Senatsbeteiligung würde deswegen bei der Verwaltung der Missstände steckenbleiben, die Menschen enttäuschen und an Rückhalt verlieren wie die Landesregierungen in Thüringen (2014: 22,5%, 2019: 13,8%), Brandenburg (2014: 19,6%, 2019: 12,3% und Berlin (2014: 16,2%, 2019: 11,9%). Statt zu versuchen, Spagatpolitik im Rahmen von Schuldenbremse und Kapitalismus zu machen müssen wir uns an die Spitze von Kämpfen für Umverteilung stellen, und dabei die Änderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen in den Mittelpunkt stellen. Kämpfen wir aus der Opposition gemeinsam mit kämpferischen Kolleg*innen in den Gewerkschaften und mit sozialen Bewegungen für eine wirklich linke Politik. Nur so können wir gesellschaftliche Mehrheiten für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft erringen.

Petra Brand

Reiner Meister

Sebastian Rave

Silja Rehmke

Wilfried Schartenberg

Andrea Spangenberg

Manfred Steglich